



Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XXI. Wahlperiode

Ursprung: Entschließung
Ursprungsinitiator: SPD/Grüne/LINKE,

Drs. Nr.: 2103/XXI
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
12.11.2025	BVV	BVV/046/XXI	

Entschließung

Die BVV Neukölln stellt sich gegen die rassistischen und sexistischen "Stadtbild"-Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit großem Entsetzen haben wir die Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz vom 14. Oktober in Potsdam zur Kenntnis genommen, in denen er „Probleme im Stadtbild“ in einen direkten Zusammenhang mit Migration und den Abschiebeplänen seiner Regierung setzte. Am 20. Oktober bekräftigte er diese Aussage und verwies zudem dabei auf die angebliche Wahrnehmung „unserer Töchter“. Diese Äußerungen sind nicht nur rassistisch, sondern suggerieren auch, dass Menschen mit Migrationsgeschichte per se eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung und insbesondere für Frauen seien.

Die BVV Neukölln weist diese Äußerungen entschieden zurück und begrüßt es, dass sich viele Tausend Menschen unter dem Motto „Wir sind das Stadtbild“ klar gegen die Äußerungen des Bundeskanzlers positioniert haben.

Die BVV Neukölln ist stolz auf das friedliche Zusammenleben von Menschen ob mit "viel" oder "wenig" Migrationsgeschichte.

Besonders kritisieren wir die sexistische Instrumentalisierung des Themas „Schutz von Frauen“. Wer den Schutz von Frauen ernst meint, muss sich für Gleichstellung, gegen sexualisierte Gewalt in allen Kontexten, für die Selbstbestimmung aller Frauen einsetzen - unabhängig von ihrer Herkunft. Wenn Friedrich Merz tatsächlich etwas für den Schutz von Frauen tun will, dann muss er für eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung von Frauenhäusern und ein effektives Gewaltschutzgesetz für die meist von Gewalt durch ihren Partner betroffenen Frauen sorgen.

Die BVV Neukölln stellt klar:

- Wir verurteilen die pauschalisierenden und rassistischen Aussagen des Bundeskanzlers.
- Wir weisen die Instrumentalisierung feministischer Anliegen zur Rechtfertigung einer Politik der Diskriminierung und Spaltung entschieden zurück.
- Wir fordern eine Politik, die sich ernsthaft mit den tatsächlichen Herausforderungen von Integration, Diskriminierungsschutz und Gleichstellung auseinandersetzt, statt mit Stereotypen und Angstbildern Stimmung zu machen.

Die Bezirksverordnetenversammlung fordert den Bundeskanzler auf, seine Aussagen zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen.

Berlin-Neukölln, den 12.11.2025

SPD/Grüne/LINKE, Fraktionsvorsitzende,

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:		CDU	SPD	Grüne	Die Linke	AfD	Frklose
<input type="checkbox"/> über Konsensliste	JA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Einstimmig	NEIN	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	ENTH.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ergebnis:							
<input type="checkbox"/> beschlossen mit Änderung		<input type="checkbox"/> Kenntnis genommen		<input type="checkbox"/> abgelehnt		<input type="checkbox"/> gewählt	
<input type="checkbox"/> zurückgezogen		<input type="checkbox"/> vertagt		<input type="checkbox"/> gegenstandslos			
<input type="checkbox"/> überwiesen in den Ausschuss für _____							(federführend)
<input type="checkbox"/> zusätzlich in den Ausschuss für _____							
<input type="checkbox"/> beantwortet	<input type="checkbox"/> schriftlich						
<input type="checkbox"/> GB I/BzBm	<input type="checkbox"/> GB II/BiKuSport	<input type="checkbox"/> GB III/Ord	<input type="checkbox"/> GB IV/StadtUmVer	<input type="checkbox"/> GB V/SozGes	<input type="checkbox"/> GB VI/Jug		